

Beratendes Mitglied

Herr Kai Malditz	entschuldigt
Frau Janet Peip	entschuldigt
Herr Wolfgang Schmidt	Entschuldigt

Mitarbeiter der Verwaltung

Frau Indlekofer, Schulreferentin	zu allen TOP
Herr Schäfer, FBL Soziales/Schulen/Jugend/Sport	zu allen TOP
Frau Myrczek, Gleichstellungsbeauftragte	zu allen TOP
Frau Weigl, Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP

Gäste

Herr Piontkowski, Vogtland Anzeiger
Frau Schott, Freie Presse
Herr Benjamin Zabel, Fraktion SPD/Grüne

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 09.02.2017
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Vorberatung
3. Aktueller Stand zur Aufwertung des Begrüßungsgeschenkes für Neugeborene der Stadt Plauen - Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 179-17 (Anlage als Diskussionsgrundlage)
- 3.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Einrichtung einer Teilzeitstelle für eine Kinderbeauftragte / einen Kinderbeauftragten, Reg.-Nr. 183-17 - Stellungnahme der Verwaltung
4. Antrag der CDU-Fraktion zum Einbau von Gegensprechanlagen mit Kamera im Eingangsbereich von Schulen, Reg.-Nr. 161-16 - Stellungnahmen der Verwaltung
5. Information zur Förderung der Jugendverbandsarbeit 2017 durch Herrn Schäfer (Förderübersicht wird zur Sitzung ausgereicht)
6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 22. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Zenner, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet. Herr Zenner begrüßt die anwesenden Gäste. Herr Zenner weist darauf hin, dass Herr Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktion SPD/Grüne, in der Sitzung Rederecht erhält.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Stadträtin Frau Xenia Boerner, CDU-Fraktion und Stadträtin Frau Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung der 22. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 09.02.2017

Herr Bürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 21. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 9.2.2017 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es waren keine Anfragen offen.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

Herr Zenner informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass es im Rahmen des Umbaus Elsteraue zu einem Vorfall bzgl. der Abtragung des Schornsteines gekommen ist. Deshalb musste die Kita „Sonnenblume“ an einem Tag geschlossen bleiben. In diesem Zusammenhang konnten durch die Leiterin der Einrichtung, Frau Ettrich durch ein perfektes Krisenmanagement, die Eltern frühzeitig über das Schließen der Einrichtung informiert werden. Dafür herzlichen Dank! Herr Schäfer und Herr Zenner dankten Frau Ettrich persönlich.

2. Vorberatung

2.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Einrichtung einer Teilzeitstelle für eine Kinderbeauftragte / einen Kinderbeauftragten, Reg.-Nr. 183-17 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Bürgermeister Zenner informiert die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass eine Abstimmung mit der Fraktion DIE LINKE. stattgefunden hat, dass die Kinderbeauftragte der Stadt Chemnitz in den Bildungs- und Sozialausschuss eingeladen werden soll, um über ihre Tätigkeit zu informieren.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. bestätigt diese Absprache und nimmt dazu Bezug auf den Presseartikel vom 14.3.2017, indem bereits informiert wurde, dass von Seiten der Stadtverwaltung die Stelle Kinderbeauftragte/beauftragter nicht eingerichtet werden soll. Es bestünde derzeit kein Bedarf. Sie findet diese Information nicht schön, da es ja noch Gespräche dazu geben wird.

Sie erklärt, dass zwischen der Fraktion DIE LINKE. und Frau Spindler, der Kinderschutzbeauftragten der Stadt Chemnitz, Kontakt besteht und das ein Gespräch in der Fraktion dazu stattfinden wird.

Sie möchte nicht in den Bildungs- und Sozialausschuss kommen. Frau Rank wird einen Termin mit ihr koordinieren und Herrn Zenner zum Gespräch einladen.

Herr Bürgermeister Zenner legt fest, dass dieser Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 183-17 erst nach dem Gespräch in der Fraktion DIE LINKE. wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Der Antragsteller stimmt diesem Verfahren zu.

Stadträtin Frau Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. weist nochmals darauf hin, dass die Fraktion darum gebeten hat, eine Übersicht über die Geburten im Jahr 2016 und die antragsberechtigten Personen auf Zuwendung für Neugeborene zu erhalten. Dies ist bisher noch nicht geschehen.

Herr Schäfer antwortet, dass dies bereits geschehen ist. Er wird dazu recherchieren.

3. Aktueller Stand zur Aufwertung des Begrüßungsgeschenkes für Neugeborene der Stadt Plauen - Antrag der Fraktion DIE LINKE., Reg.-Nr. 179-17 (Anlage als Diskussionsgrundlage)

Herr Bürgermeister Zenner verweist auf die ausgereichte Unterlage. Darin sind Vorschläge der Verwaltung für die Aufwertung des Begrüßungsgeschenkes für Neugeborene in der Stadt Plauen aufgelistet. Herr Zenner informiert die Mitglieder des Ausschusses, dass die neugeborenen Bürger der Stadt Plauen ein Lätzchen (Mädchen rosa und Jungen hellblau) und ein persönliches Schreiben des Oberbürgermeisters erhalten. Dies soll auf jeden Fall erhalten bleiben. Dieses Geschenk soll aufgewertet werden. Dazu stellt Herr Zenner die Vorschläge der Verwaltung vor.

Stadträtin Frau Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE. erläutert die Grundlage der Diskussion zur Aufwertung des Begrüßungsgeschenkes für Neugeborene. Sie erklärt, dass ihre Fraktion mit den Vorschlägen der Verwaltung nicht mitgehen kann.

Vielmehr schlägt ihre Fraktion vor, dass ein sogenannter „Notfallordner“ für die Eltern zur Verfügung gestellt werden soll. In diesen Koffer befinden sich wichtige Kontakte für die jungen Eltern. Diese sind über das Landratsamt Vogtlandkreis zu beziehen. (5 EUR)

Die Fraktion schlägt vor, dass diese „Notfallordner“ unter Einbeziehung der Familienhebamme den Eltern übergeben werden könnten.

Herr Bürgermeister Zenner erklärt, dass dieser Broschüren Ordner über das Landratsamt des Vogtlandkreises kostenfrei von interessierten Eltern angefordert werden kann. Eine Variante „Notfallordner“ ist aus seiner Sicht deshalb nicht zielführend.

Stadträtin Frau Xenia Boerner, CDU-Fraktion teilt mit, dass die Vorschläge der Stadt gut sind, vor allem die Vorschläge zur Einbeziehung der Freizeitanlagen Plauen GmbH. Weiterhin könnte sie sich vorstellen, dass ein Gutschein für ein Ticket mit der Parkeisenbahn auch als eine gute Idee aufgegriffen werden könnte.

Herr Dr. Hartmut Seidel, sachkundiger Einwohner der Fraktion SPD/Grüne, macht darauf aufmerksam, dass eine zusätzliche Unterbringung der Babyschwimmkurse im Stadtbad unbedingt zu prüfen ist, da diese bereits jetzt sehr stark frequentiert sind.

Herr Bürgermeister Zenner merkt an, dass er als Aufsichtsratsvorsitzender der Freizeitanlagen Plauen GmbH bereits die Abfrage bei Herrn Adler getätigt hat.

Stadtrat Herr Benjamin Zabel, Fraktion SPD/Grüne trägt nochmals die Meinung seiner Fraktion zum Thema Aufwertung Begrüßungsgeld vor. Wie bereits in der Haushaltsdiskussion, ist die Fraktion SPD/Grüne für eine Aufwertung der Stelle der Familienhebamme. Gerade den Kindern in ärmlichen Verhältnissen muss Unterstützung zukommen. Er hält den „Notfallordner“ für nicht sinnvoll.

Herr Zabel spricht die Kita-Kosten an. Er könnte sich vorstellen, dass ein kostenfreies Vorschuljahr in der Kita oder ein kostenfreier Beitragsmonat in Kinderkrippeneinrichtungen Alternativen für die Aufwertung des Begrüßungsgeschenkes wären.

Frau Stadträtin Xenia Boerner, CDU-Fraktion unterstützt die Vorschläge der Verwaltung.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, weist darauf hin, dass Familien einen Antrag zur Befreiung von den Kita-Gebühren im Vogtlandkreis beantragen können. Weiterhin schlägt sie vor, für das Babyschwimmen auch andere Träger anzufragen. Den Vorschlag der Verwaltung zu Tickets von ÖPNV lehnt ihre Fraktion ab. Sie regt an, dass sich die Fraktionen dazu nochmals Gedanken machen.

Herr Schäfer merkt an, dass der Vorschlag ein kostenfreies Vorschuljahr in der Kita oder auch ein kostenfreier Beitragsmonat als Aufwertung des Begrüßungsgeschenkes sympathische Ideen sind. Allerdings müsste der verwaltungstechnische Aufwand geprüft werden. Außerdem übersteigen bei beiden Vorschlägen die auf 50,- Euro zu begrenzenden Kosten. Vielleicht könnten die zur Verfügung stehenden Geldbeträge für einen Teil der Aufwendungen für das Essen in den Einrichtungen genutzt werden. So könnten Kinder direkt profitieren und Eltern entlastet werden.

Frau Renate Pastor, sachkundige Einwohnerin, CDU-Fraktion, macht deutlich, dass sie das Babyschwimmen für sehr sinnvoll hält, da der Kontakt Mutter und Kinder dadurch sehr intensiv ist.

Herr Bürgermeister Zenner macht darauf aufmerksam, dass der Vorschlag Babyschwimmen einen geringen Aufwand des Verwaltungsaufwandes im Stadtbad darstellt. Abschließend stellt Herr Zenner fest, dass die Verwaltung den Auftrag erhält, eine Aufwertung des Begrüßungsgeschenkes in Höhe von 50 EUR hinsichtlich der Verwendung von Erstattung der Rechnungen für das Essen in Kindereinrichtungen zu prüfen. Der Antragsteller die Fraktion DIE LINKE, erklärt sich damit einverstanden.

4. Antrag der CDU-Fraktion zum Einbau von Gegensprechanlagen mit Kamera im Eingangsbereich von Schulen, Reg.-Nr. 161-16 - Stellungnahmen der Verwaltung

Herr Bürgermeister Zenner weist auf die Stellungnahmen der Verwaltung zu o. g. Antrag hin. Er erklärt, dass dazu eine Bedarfsabforderung an den Schulen gemacht wurde. Insgesamt haben sich 17 Schulen an der Befragung beteiligt und davon haben 15 Schulen ihren Bedarf angemeldet. Eine Schule hat bereits die spezielle Technik im Einsatz. Die Förderschulen haben sich verspätet beteiligt, das Lessing-Gymnasium sieht ebenso wie die Jöbnitzer Grundschule keinen Bedarf.

Herr Zenner merkt dazu an, dass eine permanente Überwachung nicht stattfinden wird. Vielmehr soll eine Gegensprechanlage/ Videoanlage an der Eingangstür installiert werden. In Abstimmung mit der GAV werden verschiedene Varianten geprüft. Auch ein Handygestützter Einlass wird geprüft.

Ein 100%iger Schutz kann natürlich nicht gewährleistet werden. Laut Aussage des SMK können durch eine Sanierung u.a. des Eingangsbereiches der Schule für eine Videoüberwachungsanlage auch Fördermittel beantragt werden. In Zusammenarbeit mit der Gebäude- und Anlagenverwaltung werden derzeit die Kostenermittlungen durchgeführt. Weiterführend sollen auch die kommunalen Kitas und Krippen einbezogen werden.

Stadträtin Frau Xenia Boerner, CDU-Fraktion, merkt an, dass ihr die vorgetragene Variante mit der Verbindung zum Handy nicht notwendig ist. Es sind andere Varianten zu favorisieren. Vielmehr würde sie darum bitten, Kontakt mit Herrn Richter vom Lessing-Gymnasium zu suchen, um seine Entscheidung nochmals zu überdenken.

Herr Schäfer macht darauf aufmerksam, dass bei den Horteinrichtungen in den Schulen keine Schulsekretärin zur Verfügung steht, um Klingel und Gegensprechanlage zu bedienen. Deshalb kann hier keine 100%ige Sicherheit gewährleistet werden. Hier müssten andere Möglichkeiten geprüft werden.

Stadtrat Herr André Bindl, Fraktion FDP/Initiative, fragt an, welche Schule bereits über die Technik zur Eingangsüberwachung verfügt.

Herr Bürgermeister Zenner teilt mit, dass es sich dabei um die Hufeland Oberschule handelt, die im Rahmen der Generalsanierung diese Videoüberwachung erhalten hat. Lt. Schulleitung ist man damit sehr zufrieden.

Er macht darauf aufmerksam, dass er im vergangenen Jahr alle Grund- und Oberschulen einschließl. der Gymnasien besucht hat. Alle Schulleiter haben auf mehr Kontrolle und Sicherheit im Eingangsbereich hingewiesen.

Stadtrat Herr Tobias Rüdiger, Fraktion DIE LINKE, macht darauf aufmerksam, dass man darüber nachdenken sollte, einen Einsatz einer Gesichtserkennungssoftware zu überlegen, dabei muss jedoch der Datenschutz gewährleistet sein.

Stadtrat Herr Benjamin Zabel, Fraktion SPD/Grüne macht deutlich, dass es sehr positiv ist, dass dieses Thema Sicherheit an Schulen vorangebracht wird. Dies wird sich auch im neuen sächsischen Schulgesetz widerspiegeln. Er bringt zum Ausdruck, dass es auch wichtig ist, die Kitas einzubeziehen. Dazu ist eine datenschutzrechtliche Stellungnahme über die Datenschutzbeauftragte der Stadtverwaltung, Frau Fielitz einzuholen. Er weist darauf hin, dass eine Förderung der Sicherheit an Schulen über das SMK zu beantragen und zu überwachen ist. Weiterhin fragt er nach, ob es neue Erkenntnisse zum Thema Stellenbemessung der Schulsekretärinnen gibt. Seine Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsplanung ein Organisationsentwicklungskonzept Personal dazu gefordert.

Herr Bürgermeister Zenner weist dazu darauf hin, dass nur eine Förderung über das SMK für die Überwachungsanlage möglich ist, wenn diese fest im Gebäude verbaut wird.

Zum Punkt Schulsekretärinnen macht Herr Zenner deutlich, dass eine Nachfrage im Personalbüro bei Frau Karliner ergab, dass vor Mitte April keine Information zum Thema Schulsekretärinnen gegeben werden kann. Dies sollte auch ein Thema in der Schulleiterberatung am 29.3.2017 sein.

Lt. der Information von Frau Karliner muss dieser TOP nun von der Tagesordnung genommen werden.

Von den Mitgliedern des Bildungs- und Sozialausschusses wird der Auftrag an die Verwaltung gegeben, weiterhin am Problem Überwachung / Sicherheit an Schulen und Prüfung der Kosten zu arbeiten. Die Verwaltung soll eine Aufstellung der zu erwartenden Kosten der einzelnen Varianten aufzeigen, über diese soll im Ausschuss abgestimmt werden und eine Empfehlung an den Stadtrat erfolgen. Der Antragsteller ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden. Sicherheit an den Schulen muss gewährleistet sein.

5. Information zur Förderung der Jugendverbandsarbeit 2017 durch Herrn Schäfer (Förderübersicht wird zur Sitzung ausgereicht)

Herr Schäfer weist auf die ausgereichte Unterlage zur Förderung der Jugendverbände und Jugendgruppen 2017 hin. Dieser Förderung liegt die Richtlinie Jugendverbandsarbeit zu Grunde.

Die in der Liste aufgeführten Vereine haben ihre Anträge fristgerecht eingereicht. Sofern der Haushalt der Stadt Plauen für das Jahr 2017 bestätigt wird, erhalten auch in diesem Jahr die Vereine 11,00 EUR pro Mitglied. Insgesamt beträgt die Förderung im Jahr 2017 12.807,00 EUR für die Jugendverbandsarbeit. Die Restsumme in Höhe von 2.353,00 EUR steht noch zur Verfügung.

Herr Schäfer macht bei der Lfd. Nr. 5/17 darauf aufmerksam, dass sich die Paulus- und die Markuskirchengemeinde zusammengeschlossen haben. Deshalb eine gemeinsame Förderung.

Stadträtin Frau Annekatri Schicker, CDU-Fraktion, fragt an, warum in der Liste Sportvereine aufgeführt sind. Sie war der Annahme, dass Sportvereine nur über die Sportförderung gefördert werden.

Herr Schäfer klärt auf, dass die großen Sportvereine über die Sportförderrichtlinie gefördert werden. Die Sportjugend Vogtland e.V. ist der Oberverband und teilt die Förderung auf kleinere Vereine auf.

Stadträtin Frau Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, fragt an, warum der Verein ZUMBA im Plauen e.V. Lfd. Nr. 21/17 eine Förderung erhält, da es ja sehr viele Vereine gibt, die ZUMBA anbieten. Weiterhin beantragt Frau Seidel, dass der Sächs. Verband f. JA/Jugendweihe e.V., Lfd. Nr. 23/17 eine Förderung in Höhe von 1000,00 EUR erhält.

Von Herrn Schäfer wird darauf hingewiesen, dass der Verein ZUMBA in Plauen e.V. ein Verein ist, der viele Projekte im Rahmen der Kinder- und Jugendarbeit, z.B. Integration von Kindern und Jugendlichen durchführt. Bei dem Antrag Lfd. Nr. 23/17 handelt es sich um ein Angebot für die DAZ Klassen in der GS Am Wartberg.

Weiterhin erklärt Herr Schäfer in Bezug auf den Jugendweiheverein, dass eine extra Förderung lt. der Richtlinie nicht möglich ist. Diese besagt, dass der Verein pro Mitglied 11,00 EUR erhält. Hier handelt es sich nicht um die Jugendweihelinge, die gefördert werden, sondern um die Mitglieder des Vereines Sächs. Verband für JA/ Jugendweihe e.V. und diese haben 8 Mitglieder gemeldet. Demzufolge erhalten Sie eine Pauschale von 88,00 EUR für das Jahr 2017.

Herr Bürgermeister Zenner lässt die Stadträte im Bildungs- und Sozialausschuss darüber abstimmen, ob der Verein Sächs. Verband f. JA/Jugendweihe e.V. im Jahr 2017 eine Förderung in Höhe von 1000,00 EUR erhalten soll.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abschließend weist Herr Schäfer nochmals darauf hin, dass eine Förderung nur im Rahmen der Richtlinie möglich ist. Die Förderung ist nach Abrechnung in einem Verwendungsnachweisformular vorzulegen.

6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Es werden keine Anfragen gestellt.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Bürgermeister

Xenia Boerner
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

D. Kasten
Schriftführerin

Uta Seidel
Stadträtin